Schleswig-Holstein

Landesdatennetz für alle

[21.08.2025] Schleswig-Holstein will ein umfassendes Landesdatennetz schaffen, das den Austausch von Verwaltungsdaten zwischen Behörden verschiedener Ebenen – auch länder- und staatenübergreifend – ermöglicht. Kommunen sollen mit wenig Aufwand und unter Berücksichtigung bestehender IT an die Landesinfrastruktur andocken können.

Die Landesregierung Schleswig-Holstein will ihre E-Government-Infrastruktur zu einem Schleswig-Holstein-Stack erweitern, um ein modernes, landesweites Datennetz zu entwickeln. Damit würden, so das Land in einer Meldung, bundesweit Maßstäbe in der digitalen Verwaltung gesetzt. Ziel ist es, die digitale Zusammenarbeit zwischen den Behörden des Landes und den Kommunen zu verbessern, um Daten sicher, effizient und rechtlich einwandfrei austauschen zu können. Zugleich soll die neue Infrastrukturkomponente den Austausch von Verwaltungsdaten zwischen schleswig-holsteinischen Behörden und Behörden anderer Bundesländer und des Bundes aber auch mit europäischen Staaten – insbesondere im Ostseeraum – ermöglichen.

XRoad als Bindeglied

Im Mittelpunkt des Vorhabens steht die Erweiterung der bestehenden technischen Basis durch die Integration des Standards XRoad. Dieser wird vor allem in den baltischen Staaten seit vielen Jahren erfolgreich eingesetzt. „Diese Technologie ermöglicht eine einfache, sichere und interoperable Verbindung verschiedener Datenverarbeitungssysteme. Das neue Landesdatennetz wird durch diese Ergänzung zu einem ‚Schleswig-Holstein-Stack' entwickelt. Damit wird eine bundesweit vorbildliche, grenzüberschreitende Datenplattform geschaffen", erläutert Digitalisierungsminister Dirk Schrödter. „Schleswig-Holstein-Stack" meint hier die aufeinander abgestimmte Sammlung von Komponenten und Diensten für eine digital arbeitende Verwaltung im Land.

Infrastruktur für Kommunen kostenfrei

Von besonderer Bedeutung bei der Entwicklung des Landesdatennetzes ist die enge Zusammenarbeit mit den Kommunen. Das Land übernehme auch die finanzielle Verantwortung für Entwicklung, Betrieb und Wartung der zentralen Infrastruktur, heißt es in der Meldung. Die Kommunen sollen das Angebot erhalten, die Infrastrukturen kostenfrei zu nutzen; zugleich werden sie bei der Anbindung an das Landesdatennetz durch das Land unterstützt. Die Infrastruktur werde grundsätzlich interoperabel und als Open Source bereitgestellt. Durch den Aufbau entsprechender Infrastrukturen und einer Daten-Governance werde zudem gewährleistet, dass der Zugriff auf das Netzwerk und die darüber verfügbaren Daten technisch und rechtlich sicher sei.

Pilotprojekte laufen schon

Die praktische Umsetzung dieser Ziele soll über bereits initiierte Pilotprojekte anhand konkreter Anwendungsszenarien erfolgen. Der Minister nannte exemplarisch die Bearbeitung der Tourismus-Abgabe in Zusammenarbeit mit dem Amt Föhr-Amrum oder die Entwicklung einer zentralen Registerplattform, die

bis Ende 2025 einsatzbereit sein soll. Weitere Anwendungsfälle würden den Austausch von Identitäts- und Steuerdaten mit Banken und Krankenkassen sowie die Vernetzung mit europäischen Partnern, etwa in Estland, für grenzüberschreitende E-Government-Lösungen umfassen.

(sib)

Stichwörter: IT-Infrastruktur, Politik, Schleswig-Holstein